

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telefax: (0228) 9 15 20-12 (Redaktion)
9 15 20-15

Inhalt

Wilhelm Schmidt, Kinderschutzbeauftragter der SPD-Bundestagsfraktion, fordert Maßnahmen gegen Gewalt im Fernsehen: Für die Interessen von Kindern und Jugendlichen.

Seite 1

Josef Vosen, forschungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, verlangt, daß deutlich mehr für die Forschung getan werden muß: Massive Aufstockung des Forschungsetats.

Seite 2

Monika Griefahn, niedersächsische Umweltministerin, würdigt den Stellenwert der Ökologie im SPD-Regierungsprogramm: Ökologische Erneuerung bleibt zentrale Aufgabe.

Seite 4

49. Jahrgang / 95

19. Mai 1994

Gegen Gewalt im Fernsehen

Für die Interessen von Kindern und Jugendlichen

Von **Wilhelm Schmidt MdB**

Kinderschutzbeauftragter der SPD-Bundestagsfraktion

Mord und Totschlag auf allen Kanälen - 70 Morde am Tag und fünf Gewaltakte pro Stunde. Laut FORSA-Umfrage sehen drei Viertel der sechs- bis 13jährigen (immerhin über fünf Millionen Kinder) so gut wie jeden Tag fern; ein Fünftel von ihnen von Montag bis Freitag jeweils mehr als drei Stunden. Diese Bilderflut hinterläßt Spuren. Niemand von uns glaubt, daß die zunehmende Gewaltbereitschaft allein auf das Konto der Medien geht. Aber zusammen mit Werteverfall, sozialen Problemen, Wertewandel, Orientierungslosigkeit und fehlenden Perspektiven tragen diese Darstellungen dazu bei, daß Kinder und Jugendliche Gewalt zunehmend als Mittel der Konfliktlösung sehen. Dagegen muß auf allen politischen Ebenen gearbeitet werden. Kinder- und Jugendschutz im Fernsehen ist ein wichtiges Gebot der Stunde, um vielen Problemen vorbeugend zu begegnen.

Natürlich ist Rundfunk in erster Linie Ländersache. Die Bundespolitik muß dennoch ihre Verantwortung wahrnehmen und alle Möglichkeiten nutzen, die uns die Verfassung gibt.

In diesem Sinne

- appellieren wir an das Verantwortungsbewußtsein aller Programm-macher, den Anteil von gewaltorientierten Sendungen schnellstens abzubauen,
- lassen wir alle juristischen Möglichkeiten prüfen, um künftig indizierte Filme nicht mehr über Fernsehkanäle ausstrahlen zu lassen,
- sehen wir die im Ersten Rundfunkänderungsstaatsvertrag verankerten Bestimmungen als ersten wichtigen Schritt zur Verbesserung des Jugendmedienschutzes,
- geben wir der Freiwilligen Selbstkontrolle Fernsehen der privaten Fernsehveranstalter die Chance, sich zu bewähren. Allerdings erwarten wir zur Kontrolle ihrer Wirksamkeit einen jährlich der Öffentlichkeit vorzulegenden Bericht;
- fordern wir die Bundesregierung auf, im Rahmen der EU alle Möglichkeiten zur Verbesserung des Jugendschutzes wahrzunehmen,

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Schumannstr. 2b, 53113 Bonn
Postfach 19 01 67, 53037 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mtl.
zuzügl. MwSt. und Versand.

Fremdletter Überzug
mit verschleißfesten
Recycling-Papier



- erwarten wir auch von Eltern und von Pädagogen, daß sie noch mehr ihrer pädagogischen Verantwortung nachkommen und die Kinder und Jugendlichen vor übermäßigem Fernsehkonsum (vor allem mit gewaltorientierten Programnteilen) bewahren.

Vor über zehn Jahren fiel die Entscheidung für das duale Rundfunksystem. Allein über die Auswirkungen zu klagen, die die SPD für das Diktat der Einschaltquote vorhergesagt hatte, ist sinnlos. Wir müssen jetzt für die Kinder Partei ergreifen!

(-/19. Mai 1994/jr/fr)

Massive Aufstockung des Forschungsetats
Die Forschung muß jetzt im Plenum behandelt werden

Von Josef Vosen MdB
Forschungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Der Bundespräsident, der Bundeskanzler, die Spitzenverbände von Wissenschaft und Wirtschaft und der DGB sind sich wie alle Fraktionen im Deutschen Bundestag darüber einig: In Deutschland muß mehr für die Forschung getan werden. Dies gilt für Staat und Wirtschaft. Der Bundesbericht Forschung 1993 legt die Defizite offen dar. Die SPD-Fraktion hat in ihrem Antrag zum Bundesbericht Forschung 1993 (BT-Drs 12/6564) festgestellt:

"Der Bericht ist Ausdruck der Krise, in die die Bundesregierung die Forschungspolitik gesteuert hat. Mit dem dem Bundesbericht Forschung zugrunde liegenden Verständnis von Forschungs- und Technologiepolitik lassen sich die ökonomische, sozialen und ökologischen Herausforderungen unserer Zeit nicht bewältigen. Ein strategischer Neuanfang ist unumgänglich.

Die falsche Schwerpunktsetzung des Bundes blockiert jedoch die notwendige Offensive für Forschung und Innovation. Die Ausgaben für Forschung und Technologie sind in den letzten Jahren kontinuierlich gesunken. Der Anteil des Forschungshaushalts am Bundeshaushalt ist im Etat für 1994 erstmals seit über 20 Jahren unter zwei Prozent auf 1,92 Prozent gefallen. Vor zehn Jahren betrug dieser Prozentsatz 2,7 Prozent.

Die Herausforderungen der deutschen Einheit im Bereich von Forschung und Entwicklung wurden nur teilweise bewältigt. In den neuen Ländern ist die Industrieforschung praktisch vernichtet, die staatlich getragene Forschung deckt nur einen Bruchteil der ursprünglich vorhandenen Kapazität ab, und ihre Finanzierung ist unzureichend. Von 85.000 in Forschung und Entwicklung (FuE) in der Industrie der ehemaligen DDR Beschäftigten werden demnächst weniger als 10.000 übrig sein. Die außeruniversitäre Forschung wurde mit großen Kraftaufwand neu strukturiert, ohne daß bislang mittelfristig verlässliche Rahmenbedingungen geschaffen wurden. Der Zugewinn an außeruniversitären Forschungseinrichtungen in den neuen Ländern erfolgte ohne entsprechenden Mittelzuwachs im BMFT-Haushalt. Die deutsche Vereinigung hat deshalb die ohnehin prekäre Situation der Forschungsförderung insgesamt weiter verschärft. Damit hat Deutschland eine FuE-Kapazität in der Größenordnung der ehemaligen DDR-Forschung praktisch verloren. Im Weltmaßstab ist das vereinte Deutschland stark zurückgefallen. Von 1987 bis 1991 entwickelten sich die FuE-Ausgaben der führenden Industrieländer wie folgt (Anteil in Prozent am Bruttoinlandsprodukt - Bundesbericht Forschung 1993, Seiten 42 und 600):

	1987	1991
USA	2,87	2,78
Japan	2,82	3,05
Frankreich	2,27	2,42
Deutschland	2,88	2,66

Während Japan aus einer Position der Stärke weiter davoneilt und Frankreich seine Anstrengungen verstärkt, fallen Deutschland stark und die USA leicht zurück, letztere aber bei einem hohen Niveau und nicht vollständig berücksichtigter hoher militärischer FuE-Aufwendungen. Diese Entwicklung gefährdet die technologische Wettbewerbsposition Deutschlands ebenso wie unsere Fähigkeit zur Bewältigung von sozialen und ökologischen Zukunftsaufgaben. Darauf hat der Bundespräsident am 20.10.1993 in Rostock zu Recht hingewiesen.

Im internationalen Wettbewerb gibt es für Deutschland keine Alternative zur Innovation. Die Forschungs- und Technologiepolitik muß Türen für die leistungsfähigen Technologien und Industrien des nächsten Jahrhunderts öffnen. Deshalb sind Ausgaben für Forschung und Technologie notwendige Investitionen in die Zukunft und in neue, dauerhafte Arbeitsplätze."

Die Absichten des Bundesforschungsministers, jetzt eine neue Forschungsoffensive zu starten, sind zu begrüßen. Die SPD fordert dies seit Jahren. Sie wird den Bundesforschungsminister hierbei unterstützen. Wie ernst es der Regierungskoalition mit ihrer Politik der Stärkung von Forschung, Entwicklung und Innovation ist, wird sich auch daran zeigen, ob die Koalitionsfraktionen der Forderung der SPD zustimmen, über dieses für unsere Zukunft so wichtige Thema noch vor der Sommerpause eine große Debatte im Plenum des Deutschen Bundestages zu führen. Hier muß jetzt der Ort sei, an dem die Bundesregierung sich ihrer Verantwortung endlich auch parlamentarisch stellt.

In dieser Debatte werden wir die für uns wichtigsten Punkte in einem Änderungsantrag nochmals zusammenfassen. In Deutschland muß:

- eine wettbewerbsfähige Industriestruktur geschaffen,
- eine leistungsfähige und regional ausgewogene Forschungslandschaft errichtet werden,
- eine Wiederaufnahme der Forschung zur Humanisierung des Arbeitslebens erfolgen,
- die Entwicklung erneuerbarer Energien und Energiespartechneken vorangebracht werden,
- eine Neuorientierung der Umweltforschung eingeleitet,
- die Entwicklung neuer Verkehrstechnologien und -konzepte sowie neue Kraftstoffe vorangetrieben,
- der Ausbau der Gesundheitsforschung forciert,
- eine ernsthafte Technikfolgenabschätzung und -bewertung eingeleitet,
- die Stärkung des Freiraums und der Kontinuität für die Grundlagenforschung gesichert,
- die internationale Zusammenarbeit verstärkt werden und
- die Nutzung auch neuer Instrumente für die Forschungs- und Technologiepolitik erfolgen.

Dazu muß unter anderem ein wirksamer Technologierat nach dem Vorbild der USA und ein ständiger forschungspolitischer Dialog ins Leben gerufen werden. Dazu brauchen wir die Wiedereinführung der steuerlichen Forschungsförderung und die Überprüfung aller rechtlichen Normen daraufhin, ob und inwieweit sie Hemmnisse für Forschungs- und Entwicklungstätigkeit enthalten, die abgebaut werden können.

Dazu brauchen wir vor allen Dingen eine massive Aufstockung des Forschungsetats, um die strukturelle Lücke von rund drei Milliarden DM, die inzwischen entstanden ist, langsam wieder auszugleichen.

(-/19. Mai 1994/jr/fr)

Ökologische Erneuerung bleibt zentrale Aufgabe
Zum Stellenwert der Ökologie im SPD-Regierungsprogramm

Von Monika Griefahn
Umweltministerin in Niedersachsen
Mitglied der Regierungsprogramm-Kommission der SPD

Mit dem durch die Regierungsprogramm-Kommission überarbeiteten Programmentwurf hat die SPD klar gemacht, daß die ökologische Erneuerung für eine SPD-geführte Bundesregierung in der kommenden Legislaturperiode ein Politikfeld mit zentralem Stellenwert sein wird, die ökologische Modernisierung ist für Deutschland Voraussetzung, den Markt der Zukunft zu organisieren und einen Beitrag zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit zu leisten.

Die internationale Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands kann nur dann erfolgreich gestärkt werden, wenn Verfahren entwickelt und Produkte hergestellt werden, die immer weniger Material und Energie verbrauchen und in biologische und technische Kreisläufe zurückgeführt werden können.

Das Programm nennt dazu eine Reihe von konkreten Schritten. So ist die geplante ökologische Steuerreform ein Pfeiler, um Anreize für die Entwicklung energiesparender und umweltschonender Produkte und Produktionsverfahren zu schaffen und umweltschädlichen Energie- und Rohstoffverbrauch einzuschränken. daneben wird ein Forum für zukunftsfähige Produkte gemeinsam mit Unternehmen und Gewerkschaften, Wissenschaft, Politik und Umweltverbänden eingerichtet. Produkthaltung und Produktverantwortung werden ökologisches Design und Materialauswahl in die Konstruktions- und Herstellungsphase tragen. Abfallvermeidung und Einsatz von Mehrwegsystemen werden die wichtigsten Eckpunkte für die künftige Kreislaufwirtschaft sein. Insbesondere für Ostdeutschland sind umfassende Sanierungen der Altlasten und der großen Flußsysteme vorgesehen.

In einem Klimaschutzprogramm werden Maßnahmen zur Energieeinsparung und zur effizienteren Energienutzung hohes Gewicht beigemessen. Ein Programm für erneuerbare Energien soll besonders den Einsatz von Sonnenenergie und Biomasse voranbringen. Das Wahlprogramm enthält auch hier Zielsetzungen, die erhebliche positive Arbeitsmarkteffekte zur Folge haben, wie zum Beispiel die obligatorische Modernisierung der konventionellen Kraftwerke und Investitionen für rationellen Energieeinsatz (wie Kraft-Wärme-Kopplung, der Ausbau der Nah- und Fernwärme und die Erhöhung der Wirkungsgrade).

Im Bereich der Agrarpolitik strebt die SPD eine artgerechte flächengebundene Tierhaltung und eine nachhaltig umweltverträgliche Wirtschaftsweise an. Die SPD will einer weiteren Zerstörung von Naturräumen mit einer konsequenten Naturschutzpolitik entgegenwirken, die entsprechenden gesetzlichen Grundlagen sollen dafür in der Novellierung des Naturschutzgesetzes geschaffen werden. Dabei soll auch die Verbandsklage eingeführt werden. Des weiteren sollen zehn Prozent der Fläche unter Schutz gestellt werden und ein großräumiges Biotopverbundsystem geschaffen werden.

Mit einem Programm "Kind, Gesundheit und Umwelt" sollen die Schadstoffbelastungen in Luft, Boden, Wasser und Lebensmitteln deutlich gesenkt und damit den Bedürfnissen unserer Kinder Rechnung getragen werden. Wichtig ist der SPD schließlich auch die aktive Kooperation mit Bürgern und Verbänden sowie eine aktive Verbraucherpolitik.

Wir sind in der SPD engagiert, die Idee des Sozialstaates weiterzuentwickeln und um einen Solidar-pakt für Arbeit und Umwelt zu ergänzen. Mit einem doppelten Generationenvertrag schaffen wir die Verpflichtung, unsere soziale und ökologische Verantwortung für Menschen, Pflanzen und Tiere zu übernehmen. Mit der Vorlage dieses Entwurfs beweist die SPD, daß sie die ökologische Erneuerung der Gesellschaft vorantreibt. Alle Annahmen, sie werde die Umweltpolitik hintanstellen, erweisen sich als grundlos.

(-/19. Mai 1994/jr/fr)
